

Von einer Wirtschafts- zu einer Vertrauenskrise?

Herausforderungen und Perspektiven der EU

Donnerstag, 21. März 2019, 19:00 Uhr

Vertretung des Landes Nordrhein-Westfalen bei der Europäischen Union

Rue Montoyer 47, 1000 Brüssel

Keynote – freigegebene Version

Bischof Dr. Franz-Josef Overbeck, Vorsitzender der Kommission VI

Länge des Entwurfs: 2.196 Wörter (entspricht etwa 20 Minuten Redezeit)

18. März 2019

Beschreibungstext in der Einladung:

Seit mehr als 60 Jahren garantiert die EU Frieden und Wohlstand in Europa. Doch das europäische Einigungsprojekt wird in Teilen der Bevölkerung Europas kritisch gesehen und seine Bedeutung für die Zukunft angezweifelt. Nationalistische und populistische Politikansätze haben in den vergangenen Jahren in Europa an Zulauf gewonnen. Inwieweit kann diese Entwicklung durch einen Vertrauensverlust in die Politik erklärt werden? Fragen wie diese und mögliche Antworten stehen im Mittelpunkt einer aktuellen Debatte.

Grobe Struktur der Keynote:

- Begrüßung, Definition von **Vertrauen** als zentralem Begriff
 - Ausgangsthese, dass die Wirtschaftskrise („Eurokrise“) auch eine Vertrauenskrise ist, die sich später auf politische Institutionen ausgeweitet hat
 - Klare Benennung der Situation in der EU als Vertrauenskrise
 - Zahlen zu Vertrauen in EU (Eurobarometer, FES-Studie, ZDF-Politbarometer)
 - Vertrauen als politische Kategorie, Vertrauen in Strukturen/Institutionen, Prozesse und Personen („Vertrauen braucht Gesichter.“)
 - Das europäische „Friedensprojekt“ hat an Schwung verloren und leidet unter dem Vorwurf eines übertriebenen Bürokratismus.
 - Die Vorteile eines geeinten Europas werden nicht wahrgenommen, stattdessen machen sich Populisten und Extremisten soziale Ängste der Menschen zunutze.
 - Globalisierung und Digitalisierung führen zu einem „Rückzug ins Vertraute“ und zu Ambiguitätsfeindlichkeit.
 - Funktionierende Demokratie muss von der Mitte aus gedacht werden und die ideologischen Ränder klein halten.
 - Proeuropäische Kräfte müssen geschlossen sprechen und agieren.
 - Perspektive und Beitrag der katholischen Kirche in Deutschland und Europa
-

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrter Herr Staatssekretär Dr. Speich,
verehrte Frau Dr. Goulard,
sehr geehrte Frau Dr. Gropas,
verehrte Frau Broich,
sehr geehrte Damen und Herren,

ich freue mich, heute hier zu sprechen und bedanke mich für die Einladung. Im Zentrum der Diskussion stehen der übergeordnete Terminus „*Vertrauen*“ und die Frage nach einer Vertrauenskrise der Europäischen Union. Entscheidend interessiert das Verhältnis einer politischen „*Vertrauenskrise*“ zur sogenannten „*Eurokrise*“, die eine Staatsschuldenkrise, eine Bankenkrise und eine Wirtschaftskrise umfasst. Wir wollen „*Vertrauen*“ in einer Arbeitsdefinition zunächst als eine Zählung von Unsicherheiten durch ein System gesetzter Spielregeln verstehen, gepaart mit Elementen einer zumeist subjektiv empfundenen „*Glaub-*“ respektive „*Vertrauenswürdigkeit*“ von Personen, Gruppen oder Institutionen.

Den im Titel des heutigen Abends angedeuteten Weg „*Von einer Wirtschafts- zu einer Vertrauenskrise*“ bezeichne ich dabei als nur teilweise stimmig. Richtig ist, dass rein zeitlich gesehen zunächst wirtschaftliche Probleme im Vordergrund standen, während mittlerweile auch die Institutionen und Prozesse der EU verstärkt in der Kritik stehen. Euroskeptizismus gibt es aber nicht erst seit ein paar Jahren: denken wir nur zurück an Frankreichs „*Politik des leeren Stuhls*“ in den 1960er Jahren oder an die sogenannte „*Eurosklerose*“ der 1970er und 1980er Jahre. Eine traurige Spitze aller Vertrauenskrisen zeigt sich darin, dass mit dem „*Brexit*“ erstmals in der Geschichte der europäischen Integration ein Land die Union verlassen will.

Ich stelle die These auf, dass der Aspekt des Vertrauens keine Klimax oder Ergänzung von der einen Krisenart zur anderen darstellt, sondern dass Wirtschaftskrisen im Kern schon Vertrauenskrisen sind. Wirtschaftliches Handeln basiert auf der Grundlage von Vertrauen. Einen Handel schließen Vertragspartner in aller Regel nur ab, wenn sie auf die Einhaltung der Vereinbarung vertrauen. Dies kann aufgrund kodifizierten Rechts erfolgen, aber auch dann bedarf es eines Vertrauens in die Integrität des Gegenübers. Der Begriff „Kredit“ kommt vom lateinischen „*credere*“ und heißt „*glauben, vertrauen*“. Ein Kredit wird vergeben im Glauben an und im Vertrauen auf die Rückzahlungsfähigkeit und –willigkeit des Kreditnehmers. Die europäische Staatsschuldenkrise hängt somit eng zusammen mit einem Vertrauensverlust in die Fähigkeit einzelner europäischer Länder zur Rückzahlung ihrer Schulden.

Haben wir also aktuell in der Europäischen Union eine Vertrauenskrise? Ja, definitiv! Handelt es sich um eine existenzbedrohende Krise, um eine grundsätzliche Kritik an unserem „*aquis communautaire*“? In Teilen vielleicht, aber im Wesentlichen wird sich dies erst noch zeigen.

Im Frühjahr 2018 zeichnete das europaweite „*Eurobarometer*“ ein gemischtes Bild des Vertrauens in „*die Europäische Union*“. Zwischen den Mitgliedstaaten gibt es große Unterschiede, wobei Staaten im europäischen Norden – mit Ausnahme Großbritanniens – tendenziell eher der EU vertrauen als im Süden. Im Durchschnitt gaben 42 Prozent der EU-Bürger an, der EU eher zu vertrauen, während ihr – bei zehn Prozent Unentschiedenen – 48 Prozent eher nicht vertrauen. Bei einer ähnlichen Befragung im Frühjahr 2007, also vor der „*Eurokrise*“, vertrauten der EU statt 42 Prozent noch im Schnitt 57 Prozent der Befragten.

Im aktuellen Eurobarometer vom Herbst 2018 hatten 43 Prozent der Befragten ein positives Bild von der EU. Das sind drei Prozentpunkte mehr als im Frühjahr 2018 und der höchste Wert seit Herbst 2009.

Das Vertrauen in die EU ist mit 42 Prozent stabil und bleibt auf dem höchsten Stand seit Herbst 2010. Im Hinblick auf eine „Eurokrise“ ist interessant, dass 75 Prozent der Befragten in der Eurozone, also drei Viertel, die Einheitswährung unterstützen.¹

Eine 2018 von der Friedrich-Ebert-Stiftung veröffentlichte Studie zeigt in der **deutschen** Bevölkerung eine breite Akzeptanz der EU, wobei zwei Drittel der Deutschen Reformbedarfe sehen, insbesondere für eine sozialere Ausrichtung der EU. Dies zeigt sich unter anderem in der hohen Akzeptanz konkreter Maßnahmen zur Verringerung wirtschaftlicher und sozialer Ungleichheit. Das politische Angebot wird jedoch als unzureichend wahrgenommen: Viele Deutsche trauen aktuell keiner Partei zu, für soziale Gerechtigkeit in Europa zu sorgen.

Im Februar 2019 ergab auch das ZDF-Politbarometer eine verhalten positive Sicht der Deutschen auf die EU. Es antworteten 56 Prozent, dass die EU-Mitgliedschaft eher Vorteile bringe, gegenüber 12 Prozent, die eher Nachteile sehen und 30 Prozent, die sowohl Vor- als auch Nachteile beobachten.

Derartige Zahlen können, je nach Perspektive, niederschmetternd oder ermutigend sein, in jedem Fall sind rechnerische Größen aber stichtagsbezogen und in der Regel nicht vollumfänglich zu verallgemeinern. Es kommt jeweils darauf an, wer gefragt wird, wobei sich rein statistisch eine tendenziell proeuropäische Entwicklung zeigt.

Dennoch steht die Frage im Raum, was das Vertrauen in „*die Europäische Union*“ genau ist oder sein soll. War Vertrauen für Thomas von Aquin noch auf etwas Transzendentes ausgerichtet, eine

¹ **ZDF-Politbarometer (2019)**: Deutsche sehen EU so positiv wie nie, Online-Beitrag vom 26. Februar 2019, abrufbar unter: <https://www.zdf.de/nachrichten/heute/zdf-politbarometer-deutsche-sehen-eu-so-positiv-wie-nie-100.html> (08.03.2019); **Bundeszentrale für politische Bildung (2019)**: Vertrauen in die Europäische Union. Eurobarometer-Umfrage, Angaben in Prozent der Bevölkerung, Europäische Union, Frühjahr 2018, Online-Beitrag vom 12. Februar 2019, abrufbar unter: <http://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/europa/70655/vertrauen-in-die-eu> (07.03.2019); **Europäische Kommission (2018)**: Standard-Eurobarometer-Umfrage Herbst 2018: Positives Bild der EU überwiegt im Vorfeld der Europawahlen, Pressemitteilung vom 21. Dezember 2018, abrufbar unter: http://europa.eu/rapid/press-release_IP-18-6896_de.pdf (08.03.2019); **Europäische Kommission (2018)**: Standard-Eurobarometer-Umfrage Frühjahr 2018, Pressemitteilung vom 14. Juni 2018, abrufbar unter: http://europa.eu/rapid/press-release_IP-18-4148_de.pdf (07.03.2019).

Hoffnung auf Erfüllung und Erlösung im Vertrauen auf Gott, bezieht sich Vertrauen seit Beginn der Neuzeit stärker auf den Menschen und seine eigenen Fähigkeiten. Dieses an Descartes' Prinzip des „*Cogito, ergo sum*“ anlehrende „*Selbst-Vertrauen*“ grenzt den Menschen vom „*Anderen*“ ab und setzt ihn zu diesem „*Anderen*“ in eine soziale Beziehung. Die in der katholischen Soziallehre zentrale „*Personalität*“ des Menschen ist je individuell, aber nicht autark: „*Mensch-sein*“ bedeutet immer „*Mit-sein*“ und ist ohne soziale Beziehungen nicht vollständig. Zwischenmenschliche, soziale Gefüge charakterisieren „*Vertrauen*“ als eine politische Kategorie, die sich vornehmlich manifestiert in Vertrauen in soziale und politische Strukturen sowie deren Institutionen, in Prozesse und – das ist das zentrale Element – in Personen und „*Gesichter*“. Vertrauen in rechtliche Regelungen oder in Institutionen und Organisationen kann nicht bestehen, wenn es nicht mit handelnden Personen, mit Gesichtern, verknüpft ist. Vertrauen ist ein menschliches Phänomen, das sich untrennbar mit anderen Menschen verbindet.

2019 wird ein neues Europäisches Parlament gewählt und eine neue Kommission wird ihre Arbeit aufnehmen. In Umfragen wird vorausgesagt, dass populistische und nationalistische Gruppierungen aller Voraussicht nach mehr Stimmen bei dieser Wahl erlangen als 2014. Der Anteil jener Repräsentanten, so die Prognose, die das Gremium, dem sie angehören, in seiner jetzigen Form abschaffen möchten, werde steigen. Hier gilt es nun, der „*Fratze*“ des Populismus „*Gesichter*“ entgegenzustellen.

Die Europäische Union ist ein Kristallisationspunkt verschiedener Ideen und Konzepte, die oft harmonieren und teilweise einander diametral gegenüber stehen. 2019 jährt sich zum einhundertsten Mal nicht nur die Einführung der parlamentarischen Demokratie und des Frauenwahlrechts in Deutschland mit der Weimarer Reichsverfassung, sondern auch der Friedensschluss von Versailles nach einem vier Jahre währenden und unzählige Opfer fordernden, grausamen

Weltkrieg. In Frankreich und anderen europäischen Ländern nach wie vor „*la Grande Guerre*“ genannt, der „*Große Krieg*“, folgte ihm zwei Jahrzehnte später der noch viel schlimmere, fürchterliche Konflikt des Zweiten Weltkriegs. Die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts war ein dunkles Kapitel in der Geschichte Europas und insbesondere Deutschlands.

Der spätestens 1950 einsetzende Friedens- und Versöhnungsprozess, der sich institutionell in der „*Europäischen Union*“ manifestiert, zehrt ideell noch immer von einer über 70 Jahre währenden Friedenszeit, sieht sich aber argumentativ vielfach nicht mehr auf einem gemeinsamen Nenner aller Europäerinnen und Europäer. Die „*Gesichter*“ der Integration sind Konrad Adenauer und Robert Schuman, Helmut Kohl und François Mitterand, aber weniger Angela Merkel und Emmanuel Macron. Das europäische Projekt scheint an Schwung verloren zu haben, seit die gefühlte Gefahr von Krieg und Zerstörung in immer weitere Ferne rückt. Spätestens mit dem Vertrag von Maastricht Anfang der 1990er Jahre und einer schrittweisen Übertragung von Kompetenzen der Mitgliedstaaten auf die supranationale Ebene begann Brüssel den propagandistischen Ruf eines bürokratischen Molochs zu erwerben, der doch nur in die Politik der souveränen Nationalstaaten hineinregiere. Das Projekt Europa, das in den Jahren nach der Jahrtausendwende unter einem Reformdruck litt, wurde spätestens mit Beginn der „*Eurokrise*“ ernsthaft kritisiert. So hat sich auch die „*Alternative für Deutschland*“ zunächst als vornehmlich eurokritische Partei gegründet.

Hier zeigt sich erneut die Verzahnung von Vertrauen sowohl in der ökonomischen als auch in der politischen Krisensituation. Wirtschaftliche Ungleichheit und gefühlte Ungerechtigkeit erleichtern die Erzeugung eines Konfliktszenarios des „*Wir*“ hier unten respektive vor Ort gegen „*Die*“ da oben respektive in Brüssel. Die Möglichkeiten eines geeinten und solidarischen Europas, von Freizügigkeit und Reisefreiheit, überwundenen Wechselkursen und gemeinsamen

Interessen verlieren in den Augen vieler Menschen an Wert, wenn sie in ihrer unmittelbaren Umgebung andere Wahrnehmungen haben. Das Prinzip der Solidarität wird dann nur unvollständig verstanden und gelebt: letztlich wird die ökonomische Frage gestellt, welchen Nutzen – welche Rendite – die Solidarität mit anderen einbringe. Solidarität, zumal in der Europäischen Union, charakterisiert aber eine Hilfe, die eben nicht mit Sicherheit **weiß**, dass investiertes Geld zurückfließt, doch die fest darauf **vertraut**, dass die jeweiligen Partner im Falle eigener Nöte genauso solidarisch handeln würden.

Gesellschaftlich eröffnen Phänomene wie Globalisierung und Digitalisierung der Menschheit ungeahnte Möglichkeiten. Sie können aber auch dezidiert negative Folgen nach sich ziehen. Unter dem Einfluss von Globalisierung verändern sich wirtschaftliche Strukturen und es kommen unterschiedliche Kulturen stärker miteinander in Kontakt. Digitalisierung ermöglicht es, ungebunden von Ort und Zeit auf Eindrücke aus der ganzen Welt zurückzugreifen. Die Welt ist nur einen Klick entfernt und Menschen aus als „fremd“ empfundenen Kulturen leben in der Nachbarschaft. Derlei Entwicklungen können befördern, dass Menschen ihre Umgebung als stark verändert empfinden und das „*Vertraute*“ darin zu vermissen beginnen.

In vielen Ländern ist ein „*Rückzug ins Vertraute*“ zu beobachten und Menschen suchen verstärkt den zweifelhaften Schutz des vermeintlich Eindeutigen. Sie blenden Probleme aus und schaffen sich in ihrem persönlichen Nahbereich – sei das analog in ihrem Heimatort oder online in Gruppen Sozialer Netzwerke – eine „*heile Welt*“, die ihnen vertraut ist und in der sie sich wohl fühlen. Mit solchen „*Vereindeutigungs*mustern“ geht die Konstruktion von Feindbildern einher, die für reale Probleme verantwortlich gemacht werden und die von Einzelpersonen („*Angela Merkel*“) über soziale Gruppen („*Die Flüchtlinge*“) bis hin zu abstrakten Institutionen („*Brüssel*“) reichen. Als Kernelemente von Bedrohungsszenarien rechtfertigen sie vermeintliche Schutzmaßnahmen zur Förderung nationaler und

regionaler Interessen. Eine Folge solcher Entwicklungen sind in Europa erstarkende nationalistische und populistische Tendenzen: Wenn das Vertrauen fehlt, dass die eigenen Interessen im System und von den darin Verantwortlichen beachtet werden, dann leiden sowohl die Bereitschaft zu solidarischem Verhalten als auch die Befürwortung subsidiärer Entscheidungsfindung. Das Resultat ist dann nicht mehr „My country first“, was in gewisser Weise noch multilaterale Strukturen voraussetzt, sondern dann verhärtet sich dieses Diktum in ein „My country only“.

Dabei sind Populisten und Extremisten ambiguitätsfeindlich und fingieren vermeintlich einfache Antworten in Form eines sogenannten einheitlichen „Volkswillens“. „Ambiguität“, also Zwei- oder auch Mehrdeutigkeit, ist aber eine soziale Realität und muss im gesellschaftlichen Rahmen schlicht ausgehalten werden. Die Welt ist zunehmend komplexer und eine Rückkehr zu ehemals „Vertrautem“ ist faktisch ausgeschlossen. Die einzige Möglichkeit, die bleibt, ist ein „Sich-vertraut-machen“ mit Veränderungen. In Europa scheint die Zahl der Menschen und Gruppen zu wachsen, die Mehrdeutigkeiten und Komplexitäten lieber applanieren wollen. Genau wie Glaube und Religiosität ist Demokratie jedoch etwas, das jede Generation – in Erinnerung an das Gewesene und mit Blick auf das Kommende – neu und auf ihre eigene Weise leben und gestalten muss.

Eine funktionierende Demokratie bedarf eines breiten Konsenses der Unterstützung in der Mitte der Gesellschaft – dann hält sie auch ideologische Ausfransungen an ihren Rändern aus. Wenn aber nicht mehr von der Mitte her gedacht wird, sondern wenn politische Ränder den Ausgangspunkt politischer Programmatik bilden, dann wird aus dem Ideal des Konsenses schnell die Gefahr des Konfliktes.

Die Antwortversuche proeuropäischer Kräfte auf die Herausforderungen des Populismus und die Krisen der letzten Dekade sind kein Ausdruck von Geschlossenheit. Wenn Europas Unterstützer aber nicht zumindest in Bezug auf Grundlegendes geschlossen

sprechen, wenn dem Populismus bloß durch die (Gegen-)Konstruktion eigener Feindbilder („*Die Populisten*“) begegnet wird, anstatt argumentativ gegen ihn zu bestehen, dann wird viel Vertrauen in **das** zerstört, was Europa **ist** und was es **will**.

Die katholische Kirche in Deutschland und Europa verfolgt diese Entwicklungen mit Sorge und ist gewillt, Verantwortung zu übernehmen. Papst Franziskus hat dies zu verschiedenen Anlässen und an unterschiedlichen Orten verdeutlicht, etwa in seinen Straßburger Reden oder im 2017 gestarteten Dialogprozess „(Re)thinking Europe“. Dabei ist allerdings zu bedenken, dass es nicht „die“ katholische Kirche in Europa gibt. Wenngleich die Kirche einen Universalitätsanspruch erhebt, ist eine Stärke des Katholizismus, dass er innerhalb einer Weltkirche das Regionale, das Örtliche in seiner je individuellen Weise berücksichtigt. So setzt die katholische Kirche in verschiedenen Ländern unterschiedliche Akzente, immer bestrebt, nationale Erfahrungen und regionale Empfindungen angemessen zu berücksichtigen.

Aus deutscher Perspektive betone ich besonders die Bedeutung des Sozialethischen und hebe das Zusammenspiel der vier Prinzipien der katholischen Soziallehre und eines christlichen Menschenbildes hervor, was *Personalität*, *Subsidiarität*, *Solidarität* und die Orientierung am *Gemeinwohl* umfasst. Das beinhaltet wesentlich die Vorstellung der Freiheit des Menschen. Wenn selbsternannte Verteidiger einer „*abendländisch-europäischen Kultur*“ mit dem Schutz „*christlicher Werte*“ und eines „*christlichen Menschbildes*“ kokettieren, um Freiheitsrechte – ich nenne beispielhaft das Recht auf Religionsfreiheit – einzuschränken, dann bekämpfen sie genau das, was sie zu verteidigen vorgeben. Eine „*Kultur des Abendlandes*“ muss sich stattdessen auf das normative Projekt der Moderne beziehen, das vor allem Menschenrechte und Demokratie, die Trennung von Religion und Politik, Rechtsstaatlichkeit und Rechtsicherheit umfasst. Wenn diese Elemente gepaart werden mit wirtschaftlicher Prosperität

und sozialer Sicherheit, dann stärkt diese Melange das Vertrauen in wirtschaftlicher, rechtlicher und politischer Hinsicht.

Die Europäische Union trägt diese Stärke in **sich** sowie in den **Werten und Prinzipien**, die sie seit ihrer Gründung vertritt. Sie sind ein Schlüssel zur Wiedergewinnung von Vertrauen und zur Überwindung von Krisen jeglicher Art: die ökonomischen **und** die politischen Krisen.

Vielen Dank!